

Inhalt der Sitzung vom 19.11.2007

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Bürgermeister Wolfgang Huckele zu den Vorfällen in der Oktober-Sitzung Stellung. In einem Schreiben hatte ihn Gemeinderat Waldecker (PL) aufgefordert, Gemeinderat Günter Kolb (CDU) für seine beleidigenden Äußerungen in besagter Sitzung zu rügen. Gleichzeitig drohte Gemeinderat Waldecker an, unter Protest die Sitzung zu verlassen und seine Fraktionskollegen aufzufordern, es ihm gleich zu tun, falls der Bürgermeister seiner Forderung nicht nachkommt.

Bürgermeister Huckele erklärte, dass die Vorfälle in der Oktober-Sitzung sprichwörtlich das „Fass zum Überlaufen“ gebracht haben. Er stellte allgemein fest, dass das Verhalten einzelner Gemeinderatsmitglieder in dieser Sitzung und in vorherigen Sitzungen (einschließlich im nichtöffentlichen Teil) nicht mehr hinnehmbar sei. Er beklagte, dass offenbar einzelne Mandatsträger/innen nicht mehr zu merken scheinen, wie schädlich ihr Verhalten für das Ansehen des Gremiums ist. Er erinnerte daran, dass jedes Gemeinderatsmitglied gewählt wurde, damit es die Interessen und die sich stellenden Gemeindeaufgaben in sachgerechter- und dem Amt angemessener Weise zu erfüllen seien. Als Vorsitzender des Gemeinderats habe er diese Vorbildfunktion, insbesondere in jüngster Zeit, in verschiedenen Situationen gänzlich vermisst. Bürgermeister Huckele stellte fest, dass er für einen ordnungsgemäßen und geordneten Sitzungsverlauf verantwortlich ist und kündigte an, bestimmte ungehörige Verhaltensweisen mit allen Mitteln zu unterbinden.

Rückblickend auf seine über 15-jährige Amtszeit konstatierte er, dass er solche Belehrungen zum ersten Mal in dieser Form und Deutlichkeit aussprechen muss und drückte seine Enttäuschung darüber aus, auf welches Niveau dieses Gremium gesunken ist. In der festen Überzeugung, dass ein Großteil der Bevölkerung ungebührliche Verhaltensweisen im Ratsgremium missbilligen und der Feststellung, dass man überörtlich oftmals nur ein Kopfschütteln über die Berichterstattungen in den Tageszeitungen erntet, ging Bürgermeister Huckele auf die Forderung und Androhung von Gemeinderat Waldecker ein.

Dabei schilderte er, wie sich aus seiner Sicht die Situation in der Oktober-Sitzung darstellte:

Unter Tagesordnungspunkt Ö 6 hatte der Gemeinderat nach der obligatorischen Aussprache einen einstimmigen Beschluss zur Erneuerung der Lehrküche in der Humboldtschule gefasst. Danach ergriff Gemeinderat Waldecker, nachdem er von Gemeinderätin Wacker (SPD) auf sein Schreiben, das u. a. an die Fraktionssprecher gerichtet war, hingewiesen wurde, noch einmal das Wort. Die lautstark und sichtlich erregt vorgetragene Sichtweise von Gemeinderat Waldecker und die Gegenrede des Bürgermeisters endeten letztendlich in einer tumultartigen Situation.

Dazwischen hörte der Bürgermeister das besagte Wort „Drecksplatz“. Da er sich zu diesem Zeitpunkt auf den Redebeitrag von Gemeinderat Waldecker konzentriert hatte, konnte er nicht zuordnen, wer damit bezeichnet wurde. Auch Gemeinderat Waldecker zeigte in diesem Moment keine Reaktion, sondern führte seine Rede in der bereits beschriebenen Weise fort. Offensichtlich wurde Gemeinderat Waldecker dann im weiteren Verlauf der Sitzung von Fraktionskollegen darauf aufmerksam gemacht, dass er mit diesem Schimpfwort gemeint gewesen sei. Jedenfalls meldete er sich unter dem Tagesordnungspunkt Bekanntgaben, Anfragen zu Wort und bezeichnete das lautstark geführte Streitgespräch zwischen ihm und dem Bürgermeister sinngemäß als „normal“ - von keiner Seite beleidigend - und forderte Gemeinderat Günter Kolb (CDU) zu einer Entschuldigung auf. Dieser antwortete, er habe lediglich gesagt: „Er benimmt sich wie ein Drecksplatz“ und sah keinen Grund für eine Entschuldigung. Im Nachhinein betrachtet, so Bürgermeister Huckele weiter, mache er sich den Vorwurf, dass er nicht bereits den lautstarken Vortrag von Gemeinderat Waldecker, der offensichtlich Auslöser für die Äußerung von Gemeinderat Günter Kolb war, unterbunden hatte. Er versicherte noch einmal, dass er sich als Vorsitzender des Gemeinderates in dieser Weise nicht mehr anschreien lässt und auch andere Verhaltensweisen rigoros unterbinden wird.

GRat Schneider (SPD) mochte diese Darstellung des Vorfalls so nicht akzeptieren. Er sah darin eine Diskriminierung des Rates und monierte, dass „unqualifizierte Zwischenrufe“ bisher vom Vorsitzenden nicht gerügt worden seien. Ansonsten befand er, dass die besagte Diskussion zwischen Bürgermeister Huckele und Gemeinderat Waldecker „noch im Rahmen“ geblieben sei.

Bürgermeister Huckele entgegnete, dass sich 14 Jahre lang alles im erträglichen Rahmen abgespielt habe. Die Verschärfung der Auseinandersetzungen in den letzten Monaten sei von einzelnen Ratsmitgliedern ausgegangen.

GRat Winfried Wolf (GLP) forderte, diesen Vorwurf zu präzisieren. Er hielt auch eine Rüge für unabdingbar, da es für die verbale Entgleisung von GRat Günter Kolb bisher keine Entschuldigung gegeben habe. Weiterhin betonte er, dass es von Seiten der GLP, SPD und PL keine Beschimpfungen gegeben habe. Herr Waldecker stehe jetzt am Pranger, obwohl er der Betroffene ist.

Enttäuscht zeigte sich GRat Horst Kolb (PL) darüber, dass „man sich windet und wendet“, um eine Entschuldigung zu umgehen.“ Er sprach sich dafür aus, in der sich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung „Tabula rasa“ zu machen.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) drückte ebenfalls ihre Betroffenheit aus und hätte von GRat Günter Kolb erwartet, dass er sich bei GRat Waldecker entschuldigt. Es sei an der Zeit, Klarheit zu schaffen und die angespannte Situation im Rat zu bereinigen.

GRat Günter Kolb zeigte sich beschämt darüber, in welcher Weise sich GRat Waldecker gegenüber Bürgermeister Huckele im Ton vergriffen habe und betrachtete auch „anbrüllen“ als eine Art von Beleidigung und Respektlosigkeit. Er gestand zu, dass er „besagtes Wort“ gebraucht habe, befand jedoch gleichzeitig, dass GRat Waldecker voller Wut und Jähzorn aufgetreten ist. Er sehe kein Problem, sich zu entschuldigen, wenn sich vorher GRat Waldecker beim Bürgermeister entschuldigt.

GRat Gerhard Waldecker war der Meinung, dass er sich zwar lautstark, aber nicht beleidigend geäußert habe. Vom Sitzungsleiter hätte er eine Reaktion gegenüber GRat Günter Kolb erwartet, der seines Erachtens die Contenance verloren hatte. Ungeachtet dessen, sei er bereit, sich bei Bürgermeister Huckele zu entschuldigen.

Daraufhin entschuldigte sich GRat Günter Kolb bei GRat Waldecker, akzeptierte die Entschuldigung von GRat Günter Kolb und erklärte, dass er seine Anzeige zurückziehen werde.

GRätin Gaby Wacker betonte, dass sie lediglich aus einem Schreiben des Schulleiters Waldecker zitiert habe und im vorliegenden Fall Ursache und Wirkung verwechselt worden seien.

Zu Beginn der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 15.10.2007

- a) den Verkauf von 3 Gewerbegrundstücken im Gewerbegebiet „Nord-West“ beschlossen hat
- b) der prüfungslose Aufstieg eines Beamten vom mittleren in den gehobenen Verwaltungsdienst wurde mehrheitlich abgelehnt.

TOP Ö 2 Fortführung des Vertrags mit der Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur (KLIBA)

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen. Die Bundesregierung hat deshalb einen Acht-Punkte-Plan aufgestellt, der aufzeigt, wie die CO²-Emissionen Deutschlands bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 verringert werden können. Eine Mitwirkung der Länder, Kommunen und der Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft ist zwingend notwendig. Energieagenturen wie die KLIBA leisten einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und unterstützen die regionale Wirtschaft. Die Agentur berät über alle Fragen der Energieeinsparung und des Einsatzes von regenerativen Energietechniken, insbesondere bei Altbausanierungen und Neubaumaßnahmen im Sinne einer energie-tisch/ökologisch optimalen Bauweise. Im Vordergrund der Beratungstätigkeit steht die Initialberatung mit Hilfe des Gebäude-/Wärmepasses. Die Agentur ist als „unabhängige“ Beratung auch für Handwerker/innen und Architekten/innen eine Hilfe. Die Energieberatung der Bürger/innen findet im Rathaus vor Ort oder am Sitz der KLIBA im Umweltpark in Heidelberg statt. Die beteiligten Kommunen erhalten Unterstützung im Bereich des kommunalen Energiemanagements, z. B. beim Aufbau eines Energieberichts wesens, eines Energie-Controllings oder beim energieoptimierten Anlagenbetrieb. Aufgrund der positiven Erfahrungen der beteiligten Kommunen ist es das erklärte Ziel der Gesellschafter, die KLIBA gGmbH nach Ablauf der Vertragslaufzeit im Juli 2008 für weitere 5 Jahre fortzuführen.

GRätin Jutta Schuster (CDU) meinte, dass sich auf diesem Sektor sehr viel getan habe. Es habe ein gutes Miteinander mit der KLIBA gegeben. Sie sprach von einem kleinen Beitrag der Gemeinde zum Umweltschutz, der nicht zuletzt dem Wohl der Bürger diene.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) stimmte diesen Aussagen zu und hoffte, dass dies auch weiterhin so funktioniere.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) hielt die Beratung und Unterstützung für „Mosaiksteinchen“ zur Lösung der globalen Probleme“. Man leiste hiermit auf Gemeindeebene einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz.

GRat Winfried Wolf (GLP) betonte, eine Entscheidung getroffen zu haben, die zukunftsweisend sei. Die Umsetzung der Maßnahmen stelle aber oftmals ein Problem dar. Abschließend bat er darum, dem Ratsgremium den jährlichen KLIBA-Bericht zur Kenntnis zu geben.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Verlängerung des Gesellschaftervertrages der KLIBA bis Mitte 2013.

TOP Ö 3 Entscheidung über die Annahme einer Spende nach § 78 Abs. 4 GemO

Für die Aktion Tour Ginkgo 2007 erhielt die Gemeinde vom Kath. Kindergarten -St. Martin-eine Spende von 330,- Euro. Die Spende wurde von zwei Erzieherinnen im Beisein von 30 Kindern persönlich Bürgermeister Huckele überbracht. Zur Annahme der Spende ist nach § 78 Abs. 4 GemO die Genehmigung des Gemeinderats erforderlich.

GRat Karl Schleich (CDU) hielt es für eine tolle Sache, dass sich die Kinder mit ihren Erzieherinnen für den guten Zweck engagiert haben und stimmte im Namen seiner Fraktion der Annahme der Spende zu.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) dankte dem Kindergarten und wünschte sich viele Nachahmer.

GRätin Gaby Wacker (SPD) dankte ebenfalls und stimmte für die SPD-Fraktion der Vorlage zu.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) sprach von einer sehr schönen Aktion des Kindergartens unter dem Motto „Gesunde Kinder spenden für kranke Kinder.“

Der Gemeinderat stimmte einstimmig der Annahme der Spende zu.

TOP 4-6 Bauanträge

- Dem Bauantrag des Herrn Frank Knopf zum Einbau von 11 Wohnungen in den Gebäudebestand auf dem Grundstück Flst.Nr. 1804, Oftersheimer Landstraße 2, wurde einstimmig das Einvernehmen versagt. Die Gemeinde hält die Einvernehmensentscheidung des Gemeinderates vom 31.07.2006 (Befürwortung von 9 Wohnungen) aufrecht.
- Mehrheitlich wurde das Einvernehmen zum Bauantrag der Eheleute Monika und Horst Lösch zur Erweiterung des Wohnhauses auf dem Grundstück Flst.Nr. 3602, Ringstr. 29, erteilt.
- Bei zwei Gegenstimmen der GLP, 16 Enthaltungen der CDU, PL, SPD und der Ja-Stimme des Bürgermeisters wurde beim Bauantrag des Herrn Karl Spitzfaden der Beschlussvorschlag der Verwaltung (die bisherige ablehnende Haltung zur Errichtung einer Wohnung im Erdgeschoss des Nebengebäudes und zur Bestandsaufnahme von zwei weiteren Wohnungen im Dachgeschoss des Hauptgebäudes auf dem Grundstück Flst.Nr. 317, Schwetzinger Str. 6, wird nicht weiter aufrecht erhalten) abgelehnt.

TOP Ö 7 Bekanntgaben, Anfragen

Unter dem Punkt -Bekanntgaben- teilte Bürgermeister Huckele mit, dass er, nach 42,5 Dienstjahren und kurz vor Vollendung des 60. Lebensjahres am Ende seiner Amtszeit am 30. September 2008, bei der Bürgermeisterwahl 2008 nicht mehr antreten werde. Er betonte, dass er sich auf den Mittwoch, den 1. Oktober 2008 freue.

Von Seiten des Gemeinderates wurden Anfragen zu den folgenden Themen gestellt und behandelt:

- Eigenförderung Wasserwerk – Information der Bevölkerung in Bürgerversammlung
- Kernzeitbetreuung Friedrichschule – Raumprobleme
- K 9702 – Rückstufung und LKW-Durchfahrtsverbot für Grenzhof
- Prämie für Eigenschadenversicherung der Gemeinde – Gründe für Erhöhung
- Fahrradweg an K 4147 – Geplanter Bau bis zur Gemarkungsgrenze Heidelberg
- Kernzeitbetreuung Humboldtschule – Verlängerung der Kernzeit bis 15.00 Uhr und Bedarfsermittlung (auch für Hort)
- Krippengruppe auch im Ev. Kindergarten
- Schrottplatz auf Grundstück Alter Heidelberger Weg – Massive Umweltbelastung, Maßnahmen des Landratsamts
- Parksituation Friedrichstraße – Behinderung des Schulbusverkehrs
- Neues Urnenfeld auf dem Friedhof – Splitt als Bodenbelag
- Erhöhung der Krippenplätze – Gespräch mit Kindergärten, Schulen und Behörden
- Plankstadter Weihnachtsmarkt – Geänderte Öffnungszeiten
- Zweckverbandsbeitritt durch Gemeinde – Ablehnung
- Fassadensanierung Mehrzweckhalle – Malerarbeiten
- Verpachtung und Vermietung der Mehrzweckhalle

Von den zahlreichen Sitzungsbesuchern wurden keine Fragen gestellt.